

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Soziale Lage der Berliner Bevölkerung

Beschluss des Abgeordnetenhauses zum Haushaltsplan

Auflage B.80 - Drucksache 19/2828 zum Haushaltsgesetz 2026/2027 – Zwischenbericht

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
III D 3 TR
9028-1180

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -
über

Soziale Lage der Berliner Bevölkerung

Beschluss des Abgeordnetenhauses zum Haushaltsplan

Auflage B.80 - Drucksache 19/2828 zum Haushaltsgesetz 2026/2027

- Zwischenbericht -

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 14.12.2023 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, jährlich zum 30. Juni einen sozialräumlich differenzierten und zielgruppenspezifischen Bericht über die soziale Lage der Berliner Bevölkerung (Armuts- und Sozialbericht) zu erstellen und dem Abgeordnetenhaus zur Verfügung zu stellen.“

Hierzu wird berichtet:

Die für die Darstellung der sozialen Lage der Berliner Bevölkerung erforderlichen kumulierten Daten für das jeweilige aktuelle Berichtsjahr liegen zum Zeitpunkt der im Beschluss B. 80 geforderten Berichtslegung noch nicht vor. Es wird aus diesem Grund um eine grundsätzliche Anpassung der Frist auf den 31.12. des jeweiligen Jahres für kommende Berichte gebeten.

Aufgrund personeller Engpässe in dem zuständigen Bereich sowie des zeitlichen Mehrbedarfs für notwendige begleitende Abstimmungen mit anderen Fachbereichen, wird für die Berichtslegung 2026 um einmalige Fristverlängerung bis zum 31.03.2027 gebeten.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

Berlin, den 17.02.2026

Cansel Kiziltepe

Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung